

II-14754 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR ARBEIT UND SOZIALES

Zl. 40.271/22-1/94

1010 Wien, den 30. August 1994  
Stubenring 1  
Telefon (0222) 711 00  
Telex 111145 oder 111780  
Telefax 7137995 oder 7139311  
DVR: 0017001  
P.S.K.Kto.Nr. 05070.004  
Auskunft

Klappe

Durchwahl

6822 /AB

1994-09-09

zu 6941 /J

B e a n t w o r t u n g

der parlamentarischen Anfrage der Abgeordneten  
Dr. Petrovic und FreundInnen vom 13. Juli 1994,  
Nr. 6941/J, betreffend Mißbrauch von Pflegegeld,

Anfragebeantwortung 6291

In der Anfrage beziehen sich die Abgeordneten auf die Beantwortung der Anfrage der freiheitlichen Abgeordneten im Zusammenhang mit Pflege im Familienverband (Anfrage Nr.6355/J, Antwort, Zahl 40.271/10-7a/94 vom 3. Juni 1994). Dabei wurde die Frage gestellt, wie viele Pflegebedürftige durch das Pflegegeld privat gepflegt werden können.

Fragen 1 und 2:

"Welche Untersuchungen haben Sie in diesem Zusammenhang veranlaßt?"

"Wann ist mit den von Ihnen zugesagten Aussagen zu rechnen?"

Antwort:

Im Zusammenhang mit der wissenschaftlichen Begleitung der Durchführung des Bundespflegegeldgesetzes (BPGG) werden derzeit Angebote betreffend eine Studie zu den Auswirkungen des Pflegevorsorgesystems eingeholt.

- 2 -

Ein entsprechender Auftrag soll noch in diesem Jahr vergeben werden und es ist beabsichtigt, die Studie im Laufe des Jahres 1995 durchzuführen.

Folgende Themenbereiche sollen im Rahmen dieser Studie behandelt werden:

- Fragen der Einstufung;
- Auswirkungen des Pflegegeldes auf die pflegebedürftigen und pflegenden Personen;
- Auswirkungen auf die Angebotsseite der sozialen Dienste;
- Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Der Bundesminister:

